



Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Social Cohesion – eine Herausforderung für das Wohnungs- wesen und die Stadtentwicklung?



Der Begriff ‚social cohesion‘ steht gegenwärtig nicht nur auf den politischen Agenden der unterschiedlichen administrativen Ebenen hoch im Kurs, sondern er bildet auch in der sozialwissenschaftlichen Debatte einen aktuellen Fokus des Denkens. Unter den Begriffen „Sozialer Zusammenhalt“ resp. „Gesellschaftliche Integration“ wird nach einem weiten Verständnis zwar sehr Ähnliches verstanden, doch zeigen sich im Detail nicht nur zwischen politisch-administrativer Praxis und sozialwissenschaftlicher Reflexion bedeutsame Unterschiede, sondern auch innerhalb der jeweiligen „Welten“.

Begriffs-Metamorphosen im gesellschaftlichen Wandel

Der Begriff ‚social cohesion‘ wurde vor etwa 100 Jahren parallel zur soziologischen Debatte der „sozialen Schließung“ entwickelt. Max Weber und Georg Simmel sahen vor dem Hintergrund einer zunehmenden Arbeitsteilung und aufbauend auf den Arbeiten Émile Durkheims, dass in einer sich ausdifferenzierenden modernen Gesellschaft Gruppenbildungsprozesse entstehen müssen, welche Teil-Gesellschaften zur Folge haben, was es den Menschen ermöglicht, eigene Werte auszubilden, die handlungsleitend sind, die eine Identifikation unterstützen (Wir-Gefühl) und eine Distinktion gegenüber „den Anderen“ herauszubilden. Damit sich eine integrierte Stadtgesellschaft entwickeln kann, bedürfe es aber einer übergreifenden „Klammer“ (Normensystem), was zum einen erlernt und zum anderen sanktioniert werden kann. Das integrierende Normensystem wurde in unterschiedlicher Zusammensetzung an unterschiedlichen (mittelschichtnahen) Konzepten wie „Europäische Stadt“, „Öffentlicher Raum“, „Kleinfamilie“, „Sozialstaat“, „Wettbewerb“, „Globalisierung“, „Chancengleichheit“ etc. ausgerichtet. Der sich entwickelnde Sozialstaat bildete und stabilisierte bis in die 1970er Jahre hinein die Klammer mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat und der sozialen Marktwirtschaft, dem Ende der 1950er Jahre die Konstruktion der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) als sozialwissenschaftliche Deutung eines integrierten Nationalstaates beigefügt wurde.

Ein weiterer wichtiger Diskursstrang zur ‚social cohesion‘ geht auf die EWG und deren Vertrag zu Rom zurück, worin der Europäische Staatenbund bereits mit dem Ziel verbunden wur-

de, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt durch die Verringerung des (ökonomischen) Abstandes zwischen den einzelnen Regionen anzustreben. Die Kohäsion zu unterstützen wurde als Ziel im Vertrag von Maastricht im Zuge der Gründung der EG explizit integriert und in der Einheitlichen Europäischen Akte wurde die Kohäsionspolitik zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts weiter bestärkt. Schließlich wurde die ‚social‘ und ‚economic cohesion‘ mit dem Begriff der ‚territorial cohesion‘ ergänzt bzw. durch ihn ersetzt. Zur Sicherstellung dieser Ziele wurden aus dem Gemeinschaftshaushalt 2000 bis 2006 213 Mrd. Euro (=35%) bereitgestellt; für den Zeitraum 2007 bis 2013 sind es sogar 347,41 Mrd. Euro (=35,7%), woraus Deutschland 26,34 Mrd. Euro erhält resp. erhalten wird.¹

Obwohl dieser Posten der zweithöchste des Gemeinschaftshaushaltes ist, war man mit dieser Kohäsionspolitik bislang nicht in der Lage, tatsächlich den Abstand zwischen den Regionen der Mitgliedsstaaten zu verringern (auch nicht in den Mitgliedsstaaten der ersten Stunde). Im Gegenteil: Wirtschaftswachstum und Polyzentrismus führen nach dem ESPON 1.1.1-Bericht (ESPN 2004: 80-82) dazu, dass sich der soziale Zusammenhalt und die ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeit mit wachsender Wirtschaftskraft verschlechtern. Kramar (2006) hat nachweisen können, dass die verbesserte ökonomische Performance² der jüngsten Beitrittsländer auf nationalstaatlicher Ebene jedoch einhergingen mit einem

¹ Teilziele sind: Konvergenz (82% des Kohäsions-Budgets), regionale Wettbewerbsfähigkeit (16%), europäische territoriale Zusammenarbeit (2,5%).

² Gemessen wurde dies in BIP-Kategorien, die bereits seit Jahrzehnten als unangemessen kritisiert werden; aktuell soll ein Reform-Vorschlag durch eine jüngst gebildete Enquete-Kommission des Bundestages erarbeitet werden.



zunehmenden Abstand der Wirtschaftskraft zwischen den einzelnen Regionen der jeweiligen Länder. Auch auf der Ebene der Großstädte zeigt es sich eindeutig, dass sich eine erfolgreiche wirtschaftliche Performance nicht positiv auf den städtischen sozialen Zusammenhalt auswirkt und dass den Kommunen durch ein Wirtschaftswachstum keineswegs größere Gestaltungsspielräume entstehen (vgl. Dangschat 1996a, 1996b, 1997a).

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wurde die soziale Ungleichheit ursprünglich aus der Sicht der ‚social exclusion‘ betrachtet³. Dieser Ansatz basiert auf der empirischen Beobachtung, dass Stadtgesellschaften zunehmend wieder auseinanderdriften – zuerst in sozioökonomischer Hinsicht („Armut im Wohlstand“, „Armut durch Wohlstand“, ‚urban underclass‘), dann in territorialer Hinsicht (Segregation, soziale Brennpunkte, Gentrification), schließlich in Kategorien der sozialen Ausgrenzung (exclusion vs. inclusion) als Folgen polarisierter Arbeitsmärkte, nachlassender integrativer Sozialstaatlichkeit und der Verräumlichung über den Wohnungsmarkt und die Hartz-IV-Regelungen. Durch die Überlagerung der räumlichen Konzentration von Armutgruppen und Migranten aus „fernen“ Kulturkreisen⁴ verschärfen sich die Sichtbarkeiten und Konfliktpotenziale in den sog. „Problemgebieten“ (vgl. Kronauer 1997, Madanipour 1998, Dangschat 1999, Wacquant 2001).

Wacquant (2001) formuliert aus einer Analyse der inneren Logik globalisierter, deregulierter Kapitalverwertung kausale Zusammenhänge des Unterlaufens der ‚social cohesion‘. Er nennt dazu vier Formen einer „strukturellen Logik“:

- Im Gegensatz zu den Verarmungstendenzen der Vergangenheit, die nahezu durchgängig in wirtschaftlichen Abschwungsphasen stattfanden, ist die aktuelle soziale Desintegration Folge einer entsprechend deregulierten kapitalistischen Wettbewerbssituation zwischen Regionen und Nationalstaaten (vgl. auch Dangschat 1999), bei der die sozialen Gruppen und Räume in unterschiedlicher Weise unter den Auswirkungen leiden resp. von ihnen profitieren.
- Im Zuge des Übergangs zur Dienstleistungsökonomie und des Endes der keynesianisch-fordistischen Regulation verliert die Lohnarbeit an Potenzial zur positiven Vergesellschaftung – im Gegenteil geht durch eine zunehmende Marginalisierung die Sicherheit verloren, über Erwerbsarbeit die eigene materielle Lage in ausreichendem Maße absichern zu können.

³ Zu einer umfangreichen und detaillierten Darstellung der unter ‚social exclusion‘ angesprochenen Teilaspekte vgl. Silver 1995, Kronauer 1997, Cousins 1998, Kuhn 2000, Böhnke 2001, Dangschat 2008.

⁴ Hier wird mit voller Absicht der modische Begriff „Migrationshintergrund“ vermieden, weil er eine völlig untaugliche Kategorie für die differenzierte Betrachtung von Teilhabe-Chancen darstellt; er sollte in jedem Fall auf individueller Ebene mit den Kategorien „Bildung“ und „Position im Arbeitsmarkt“ typologisch verbunden werden.

■ Der Wohnungsmarkt, die kommunale Belegungspolitik und die nationalstaatliche Wohlfahrtspolitik führen zu stärkerer räumlicher Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in sie zusätzlich benachteiligenden Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, was die bestehende Ungleichheit weiter verstärkt (vgl. auch Alisch/Dangschat 1998, Häußermann 2006).

■ Die räumliche Konzentration führt zu einer Stigmatisierung der Bewohner der „Problemgebiete“; gerade die Bewohner der ehemaligen Arbeitergebiete leiteten ihre materielle Lage, ihre identifikative Verankerung und ihren politischen Kampf aus der Solidarität in der Nachbarschaft ab; auf diese Weise ist eine Quartiers-Solidarität in Frage gestellt.

Aus der Sichtweise des statistisch orientierten kritischen Rationalismus wurde dann das Thema der ‚social inclusion‘ aufgenommen. Die Motive waren einerseits, die implizite und explizit formulierte neomarxistische Klassenthese zurückzuweisen (vgl. Friedrichs/Jagodzinski 1999), andererseits kamen aus dem politisch-administrativen System deutliche Hinweise, doch auch das Integrationspotenzial moderner Gesellschaften deutlicher zu beleuchten (vgl. Heitmeyer/Imbusch 2005, Imbusch/Rucht 2005).⁵

Die Reaktion der Politik (Urban, Zielgebiet 2 der EU oder das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“) ist nicht mehr auf die Bekämpfung der Armut gerichtet, sondern beschränkt sich auf eine Intervention in den „Problemgebieten“, um die Auswirkung von Verarmung hinsichtlich sozialer Isolation und Ausgrenzung nicht direkt wirksam werden zu lassen. Dabei wurde jedoch in dem städtebaulich und wohnungswirtschaftlich definierten Programm der Stadterneuerung erstmals auch das Ziel der ‚social inclusion‘ verfolgt (vgl. Häußermann 2006; kritisch dazu Dangschat 1999, 2004, 2005, 2007).

Ein anscheinend davon unabhängiger Diskurs stellt die modische ‚creative class‘-Debatte dar, angeregt durch Richard Florida, ein Meister der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“, welcher den Städtewettbewerb um die ‚creative industries‘ maßgeblich forciert. Er verbindet sich jedoch kausal und in seinen räumlichen Erscheinungsformen mit Debatten um die „Renaissance der (Innen-)Städte“ (euphemistischer Ausdruck für „Gentrification“⁶), die „neue Urbanität“ und den Orten des chill-out der BoBos.

Damit ist die soziokulturelle Facette des gesellschaftlichen Zusammenhalts angesprochen, welche durch die zunehmende Werte-Pluralisierung herausgefordert wird. Wird die Wertege-

⁵ Das „Sowohl-als-auch“ der Debatte wird in beiden von Heitmeyer (1979a, 1979b) herausgegebenen Bänden deutlich: Während mit beiden Titeln die Gegensätze betont werden, können die jeweiligen Beiträge jedoch weniger deutlich dieser Dualität zugeordnet werden.

⁶ Parallel dazu verschiebt sich die Rhetorik von „Problem“ zu „Herausforderung“ und eben auch „soziale Spaltung“ in ‚social cohesion‘ oder gar ‚territorial cohesion‘ infolgedessen soziales Kapital nur noch dann als sinnvoll angesehen wird, wenn es dem rein ökonomischen ‚territorial capital raising‘ nützt (vgl. Camagni 2007); zu einer differenzierten Sichtweise auf „soziales Kapital“ vgl. Braun 2002.



meinschaft strapaziert, bröckelt der Kitt, der die heterogene Stadtgesellschaft konsensual und zivil zusammenhält, und an deren Stelle treten offene Auseinandersetzungen über das „richtige Leben“, Übergriffe auf Personen aufgrund askriptiver Merkmale (Rasse, Geschlecht, Lebensstil und Behinderungen) und demonstrative Formen der Lebensstilisierungen im (öffentlichen) Raum (vgl. Dangschat 1996c). Letzteres wird in seiner distinktiven Bedeutung dadurch verstärkt, dass Großstädte in ihrem forcierten Wettbewerb um die gleichen knappen Güter, die einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen, den öffentlichen Raum mit einer globalen städtebaulich-architektonischen Formensprache zu den Bühnen der ‚creative class‘ umgestalten (vgl. Dangschat 2009a) und zunehmend untere soziale Schichten und Randgruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängen („designing out of social problems“) (vgl. Dangschat 2009b).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – eine gegenwärtig besonders große Herausforderung

Die Debatte über Inklusion und Exklusion wird – wie oben gezeigt – sehr kontrovers geführt. Ausgehend von dem Konzept der multiplen Armut (Zugangsbarrieren zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen resp. eine unzureichende Ausstattung mit spezifischen Institutionen) wird mit dem Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ die gruppenspezifisch eingeschränkte Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe in einer multivariaten und dynamischen Betrachtungsweise hervorgehoben. Häußermann (2000) formuliert fünf Aspekte, unter denen soziale Ausgrenzung wirksam wird:

- in *ökonomischer* Hinsicht (kein Zugang zum Arbeitsmarkt),
- in *institutioneller* Hinsicht (der Zugang zu sozialstaatlichen und politischen Leistungen und Institutionen ist nicht [mehr] gegeben),
- in *kultureller* Hinsicht (Stigmatisierung und Diskriminierung, welche häufig den Verlust des Selbstwertgefühls und der moralischen Qualifikation zur Folge haben) und

- in *sozialer* Hinsicht (Isolation und/oder Abschottung in geschlossenen Milieus) (zu einer detaillierteren Darstellung vgl. Häußermann 2006).

Eine groß angelegte britische Studie über die Situation der englischen Städte (ODPM 2006: 109-154) geht im Kapitel über die ‚social cohesion‘ von fünf Ebenen aus, die übereinandergeschichtet zugleich ihre relative resp. abgeleitete Bedeutung zeigen. Danach ist für den sozialen Zusammenhalt grundlegend

- die *materielle Versorgung* (Beschäftigung, Einkommen, Gesundheit, Bildung und Wohnraum); ein Mangel daran erzeuge Not, Schuldgefühle, Angst, ein geringes Selbstwertgefühl, Krankheit, schlechte Qualifikation und schlechte Lebensbedingungen;
- darauf aufbauend die *„passiven Beziehungen“*, d.h. die (staatlich garantierten) Aspekte der sozialen Ordnung, der Sicherheit, der Freiheit von Furcht und des Friedens,
- welches die Voraussetzungen für die *„aktiven Beziehungen“* sind, die auf Toleranz und Respekt gegenüber den Anderen aufbauen, welche in sozialen Netzwerken und in Begegnungen im öffentlichen Raum ausgetragen werden (vgl. auch Breitfuss et al. 2006).
- Die vierte Ebene beschreibt das *Ausmaß an gesellschaftlicher Integration* in Netzwerke und den Mainstream-Einrichtungen; es ist zugleich das messbare Ergebnis und wirkt zudem als ein verstärkender Effekt.
- Die fünfte Ebene zeigt sich im Ausmaß der *Chancengleichheit, Gleichbehandlung und Fairness* beim Zugang zu Chancen und sachlichen Verhältnissen, welches letztlich die Lebensqualität ausmache.⁷

Ein weiterer Versuch der analytischen Dimensionierung der komplexen Konzeption von sozialer Integration/Exklusion stammt von Dangschat (2000: 194-197; s. Tab. 1). Dort werden jeweils zwei Ebenen der Systemintegration, der Sozialintegration und der Individualintegration benannt und ihnen spezifische Integrationsaspekte zugeordnet.

⁷ In den beiden letzten Kategorien zeigt sich eine gewisse zirkuläre Logik resp. sind die Kategorien analytisch nicht wirklich sauber voneinander getrennt.

Integrationsstyp	Integrationsaspekt	Ebene
institutionell-formale Systemintegration	Gleiche staatsbürgerliche Rechte	EU / Nationalstaat
individuell-funktionale Systemintegration	Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen	Stadt(region)
kommunikativ-interaktive Sozialintegration	Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten , Sicherung der Grundnormen	Stadt(region) Quartier
expressiv-kulturelle Sozialintegration	Binnenintegration in Gemeinschaften und Anerkennung dieser Gemeinschaften	Quartier
kognitive Individualintegration	Sprache, kulturelle Fertigkeiten, Verhaltenssicherheit, Normenkenntnis und Situationserkennung in der Aufnahmegesellschaft	Individuum
identifikative Individualintegration	Überwindung der ausschließlich eigen-ethnischen und Überwindung der fremd-ethnischen Zugehörigkeitsdefinitionen	Individuum

Tab. 1: System-, Sozial- und Individualebenen der Integration/Exklusion

Quelle: Dangschat (2000: 196)

Wie die jüngsten Entwicklungen in den meisten europäischen Staaten gezeigt haben, reduzieren die Nationalstaaten die Bemühungen um eine starke Systemintegration zugunsten der Sozialintegration (insbesondere des kommunikativ-integrativen Teils) (vgl. Breiffuss et al. 2004). Die jüngste Kürzung der Mittel für das Soziale-Stadt-Programm gerade der kommunikativ-interaktiven zugunsten der investiven Anteile zeigt deutlich, dass die Bedeutung dieser intervenierenden Teile von zentralen Stellen des politisch-administrativen Systems noch immer nicht erkannt und angemessen behandelt wird. Mit diesen Budget-Kürzungen wird jedoch die eigene Kohäsionspolitik massiv unterlaufen.

Eine weitere Anregung, Aspekte des sozialen Zusammenhalts zu systematisieren, kommt aus einer ganz anderen Ecke, nämlich der Debatte um Mobilitätsarmut (vgl. Church et al. 2000, Runge 2005). Hier werden die ungleichen Chancen des Zuganges zum Mobilitätssystem thematisiert, bei der die Behinderten resp. die in ihren körperlichen und mentalen Fähigkeiten eingeschränkten Menschen ebenso thematisiert werden wie die Armutspopulation. Auch hier ist die Debatte im angelsächsischen Raum weiter als hierzulande. In einer groß angelegten Studie des British Department of Transport kommen die Autoren zu vier Aspekten, die für den (ungehinderten) Zugang zum Verkehrssystem entscheidend sind (die ersten vier unten Genannten; vgl. auch Cass et al. 2003 und Runge 2005: 9-11)⁸:

- die *räumliche* Ebene (zum einen die örtliche Ausstattung mit Gelegenheiten sowie zum anderen die barrierefreie Erreichbarkeit der verkehrlichen Infrastruktur),
- die *zeitliche* Ebene (zum einen die Bedienungshäufigkeit, Taktichte und Dauer des verkehrlichen Angebotes sowie zum anderen die persönlichen Zeitbudgets und Verpflichtungen),
- die *finanzielle* Ebene (eingeschränkte finanzielle Mittel) und
- die *persönliche* Ebene (körperliche und geistige Einschränkungen, darüber hinaus – in der Mobilitätsforschung nicht genannt – sind es die persönlichen Netzwerke und vor allem die Einstellungen gegenüber zentralen Themen [soziale Milieus]).
- Die *partizipative* Ebene (Berücksichtigung der Interessen, die nicht im mobilen Mainstream stehen und daher oft unfreiwillig immobil sind) und
- die *technologische* Ebene (Ausstattung mit und Nutzungsintensität von Endgeräten der Informationsnetze; Informationen über Verkehrsangebote stationär und mobil).

Herausforderung für den Wohnungssektor und die Stadtentwicklung

Kommunalpolitik, Stadtverwaltungen und Wohnungsbaunternehmen stehen aufgrund des intensiven sozialen Wandels vor erheblichen, in Teilen neuen Herausforderungen, die bislang nicht zum „Kerngeschäft“ ihres Handelns gerechnet wurden. Diese Herausforderungen sind nicht nur schwierig, weil sie neu sind, sondern es werden normativ hoch aufgeladene Fragen berührt. Die Frage der ‚social cohesion‘ impliziert

- entweder die Entscheidung für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und damit eine Unterstützung der Marktprozesse, der „Vorzeige-Viertel“, der städtebaulich-architektonischen Ausgestaltung der zentralen Gebiete und einer „Festivalisierung“ der Städte, bedeutet flexible Wohnungsmärkte sowie den Verlust preiswerten und geförder-ten Wohnraumes
- oder für ein „Stärken der Schwächen“, für sozialverträgliche Formen der Stadterneuerung, eine besondere Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum in den „Problemgebieten“, für dauerhaft gesicherten bezahlbaren Wohnraum und eine stärkere Partizipation von Bürgern insbesondere bei Sanierungsmaßnahmen und der Umgestaltung des öffentlichen Raumes sowie eine stärkere Einbindung der lokal verankerten Wirtschaft („corporate social responsibility“ auch für den Mikro-Standort).



Abb.1 und 2: „Same same but different“: Zusammenhalt trotz Gentrification? (Fotos: Jost)

Das angemessene „Sowohl-als-auch“ stellt die eigentliche Herausforderung dar und bestimmt die Konkurrenz europäischer Teilregionen auf allen Maßstabsebenen, denn die Hoffnung, dass beide Zielsetzungen einander unterstützen, musste mit

⁸ Vgl. auch das laufende Forschungsprojekt ÉGALITÉplus, das im Rahmen des Programms ways2go vom Österreichischen Ministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie gefördert wird - <http://www2.ffg.at/verkehr/projekte.php?id=608&lang=de&browse=programm>



der Krise des Hoch-Fordismus, der ausgeweiteten internationalen Arbeitsteilung und dem Übergang zur flexibilisierten Dienstleistungsökonomie und -gesellschaft aufgegeben werden. Zurzeit liefern die Sozialwissenschaftler auch keine klaren Entscheidungsgrundlagen für die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis, denn man ist sich beispielsweise



über die Wirkungskraft von Ortseffekten kaum einig (vgl. die Debatte bei Blasius et al. 2009, die hinsichtlich eines Effektes skeptischer sind als beispielsweise Häußermann 2006).

Dennoch gibt es „Hebel“, die zumindest dazu beitragen können, dass sich eine sozialräumliche Polarisierung nicht verschärft und dass soziale Ausgrenzungsmechanismen weniger stark wirksam werden. Dazu gehören das Abstellen (ungevollter?) negativer Effekte wie die Hartz-IV-Regelungen, aber auch positive Elemente, die konsequent(er) genutzt werden können: Belegungspolitik, „Mieter-Pflege“, Beteiligungsmöglichkeiten bis hin zur Selbstverwaltung, Quartiersmanagement, bei dem vor allem die kommunikativen Elemente als Investition in die ‚social cohesion‘ angesehen werden und nicht als (nutzloser) Konsum, sozialverträgliche Formen der Sanierung, die nicht den Startpunkt für eine Gentrification liefert (vgl. Dangschat/Hamedinger 2007). Diese Maßnahmen sollten trotz fiskalischer Engpässe weiterverfolgt werden, aber sie reichen nicht aus, denn eine strukturelle Durchmischung bedeutet keinesfalls, dass die Integration daraufhin gelingen werde (vgl. Dangschat 2011).

Der Diskurs um den sozialen Zusammenhalt wird gegenwärtig auch über die Betonung der „Gefahr vor Parallelgesellschaften“ bestimmt, die vor allem unter dem Blickwinkel ethnisch-kultureller und rassistischer Unterschiede thematisiert wird. Zum einen hat schon Bahrtdt (1969) darauf hingewiesen, dass

Stadtgesellschaften sich allenfalls durch eine „partielle Integration“ auszeichnen, ja gerade der Vorteil der Anonymität einer Stadt es ist, sich nur zu (möglichst selbst gewählten) Anlässen mit „den Anderen“ einzulassen. Will man den sozialen Zusammenhalt fördern, bedeutet es im ersten Schritt, aus dem Traum von „durchmischter“ Gesellschaft aufzuwachen – dazu sind die sozialen Ungleichheiten in europäischen Großstädten zu hoch und die Lebenswelten zu sehr voneinander entfernt. Realistisch wäre es daher, die ökonomischen, demografischen und kulturellen Gruppen in einem zivilen Miteinander vor allem im öffentlichen Raum zu unterstützen.

Weiterhin sollte bei der Frage nach dem sozialen Zusammenhalt nicht immer nur auf das untere Ende der Gesellschaft geschaut werden, denn am oberen Ende finden deutliche Rückzugs- und Abgrenzungsprozesse statt. Es ist diesen sozialen Gruppen nicht nur möglich, sich aus den sozialpolitischen gemeinschaftsorientierten Absicherungsbereichen freizukaufen, sondern sie ziehen sich auch in die selbstgewählten Kunstwelten der ‚gated communities‘, des Clublebens, der Arbeitszusammenhänge und der Pkw-Nutzung zurück. Ihre Wohngebiete werden schon gar nicht mit Verkehrsinfrastruktur, Einkaufszentren oder Gewerbegebieten „belästigt“ und soziale Mischung wird dort auch seitens der öffentlichen Hand nicht angedacht.

Das Leben unter den ‚happy few‘ führt aber nicht dazu, die Toleranz zu trainieren. Von ihnen und den bildungsorientierten Mittelschichten werden Forderungen nach Ausgrenzung durch das Bilden von Schutzzonen gegen urbane Vielfalt am Rande der Stadtgesellschaften gestellt, denen die Stadtverwaltungen nur zu häufig willig folgen. Die (ökonomisch und Bildungs-)Starken sollten ihre Stärken besser zeigen, wenn sie sich nicht nur in ihre Kreise zurückziehen würden, sondern auch ihre soziale Kraft zur proaktiven Unterstützung einer ‚social cohesion‘ einsetzen würden. Das würde nicht nur der eigenen Lebensqualität helfen, sondern den Standort auch nach wirtschaftlichen Kategorien absichern.

Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Professur für Siedlungssoziologie und Demografie, Fakultät für Architektur und Raumplanung, Technische Universität Wien

Quellen:

- Alich, M./Dangschat, J.S. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich.
- Bahrtdt, H.-P. (1969): Die moderne Großstadt, soziologische Überlegungen zum Städtebau. Reinbek: Wegner.
- Blasius, J./Friedrichs, J./Galster, G. (eds.) (2009): Quantifying Neighbourhood Effects. Frontiers and Perspectives: Milton Park & New York: Routledge.
- Böhnke, P. (2001): Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison. Empirical Evidence on Germany. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), FS III 01-402.
- Braun, S. (2002): Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/2002.



- Breitfuss, A./Dangschat, J.S./Frey, O./Hamedinger, A. (2004): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Breitfuss, A./Dangschat, J.S./Gruber, S./Gstöttner, S./Witthöft, G. (2006): Integration im öffentlichen Raum. Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Werkstattbericht, Nr. 82.
- Cousins, C. (1998): Social Exclusion in Europe: Paradigms of Social Disadvantage in Germany, Spain, Sweden and the United Kingdom, in: Policy & Politics 26/2: 127-146.
- Camagni, R. (2007): Towards a Concept of Territorial Capital. Vortrag auf dem kombinierten 47th ERSA-Congress & ASRDLF, Paris 29.8.-2.9.2007.
- Cass, N./Shove, E./Urry, L. (2003): Changing Infrastructures. Measuring Socio-Spatial Inclusion/ Exclusion.
- Church, A./Frost, M./Sullivan, K. (2000): Transport and Social Exclusion In London, in: Transport Policy 7: 195-205.
- Dangschat, J.S. (1996a): „Es trennt sich die Spreu vom Weizen“... Die sozialräumliche Polarisierung der Städte, in: Die Alte Stadt 2/1996: 141-155.
- Dangschat, J.S. (1996b): Zur Armutsentwicklung in deutschen Städten, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten. Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 199. Hannover: ARL: 51-76.
- Dangschat, J.S. (1996c): Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen, in: O.G. Schwenk (Hrsg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich: 99-135.
- Dangschat, J.S. (1997a): Armut und sozialräumliche Ausgrenzung in den Städten Deutschlands, in: J. Friedrichs (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Opladen: Westdeutscher Verlag: 167-212.
- Dangschat, J.S. (1999): Armut durch Wohlstand, in: J.S. Dangschat (Hrsg.): Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich: 13-41.
- Dangschat, J.S. (2000): Integration – Eine Figuration voller Probleme. Warum die Integration von Migrant/innen so schwierig ist, in: G. Klein & A. Treibel (Hrsg.): Skepsis und Engagement. Hamburg: Lit-Verlag: 185-208.
- Dangschat, J.S. (2004): Eingrenzungen und Ausgrenzungen durch ‚Soziale Stadt‘-Programme, in: W. Hanesch & K. Krüger-Conrad (Hrsg.): Lokale Beschäftigung und Ökonomie – Herausforderung für die „Soziale Stadt“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 327-342.
- Dangschat, J.S. (2005): Integration oder Ablenkungsmanöver? Zielsetzungen und Beitrag des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ zur Integration sozialer Gruppen, in: S. Greiffenhagen & K. Neller (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 289-307.
- Dangschat, J.S. (2007): Wohnquartiere als Ausgangspunkt sozialer Integrationsprozesse, in: F. Kessl & H.-U. Otto (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag: 255-272.
- Dangschat, J.S. (2008): Exclusion – The New American Way of Life?, in: H. Bude & A. Willisch (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 138-145.
- Dangschat, J.S. (2009a): Architektur und soziale Selektivität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 25/ 2009. 27-33.
- Dangschat, J.S. (2009b): Space Matters – Marginalisation and Its Places, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 33, No. 3: 835-840.
- Dangschat, J.S. (2009c): Räumliche Aspekte der Armut, in: N. Dimmel, K. Heitzmann & M. Schenk (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck et al.: StudienVerlag: 247-261.
- Dangschat, J.S. (2011): Social Mix is not a Sleep in Thunder. European Urban & Regional Science. Im Druck.
- Dangschat, J.S./Hamedinger, A. (2007): Sozial differenzierte Räume – Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung, in: J.S. Dangschat & A. Hamedinger (Hrsg.): Lebensstile, Soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover: ARL: 206-239.
- DT (Department for Transport) (2000): Social Exclusion and the Provision of Public Transport – Main report. London. ><http://www.liftshare.com/business/pdfs/dft-social%20exclusion.pdf><
- ESPON (European Spatial Planning Observation Network) (2004): ESPON 111 – Potentials for Polycentric Development in Europe. Luxemburg: ESPON. <http://www.espon.eu/mmp/online/website/content/projects/>
- Friedrichs, J./Jagodzinski, W. (Hrsg.) (1999): Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/ 2000.
- Häußermann, H. (2006): Desintegration durch Stadtpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/2006.
- Heibült, J. (2009): Was ist sozialer Zusammenhalt? Eine Begriffsbestimmung für den Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Bremen 2009. Mimeo.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1997a): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1997b): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W./Imbusch, P. (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft; Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Imbusch, P./Rucht, D. (2005): Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften, in: Heitmeyer & Imbusch (Hrsg.) 2005: 13-71.
- Kramar, Hans (2006): Economic Convergence on Different Spatial Levels. The Conflict between Cohesion and Growth. Raumforschung und Raumordnung, 64. Jahrgang 1/2006: 18-27.
- Kronauer, M. (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan 25/1: 28-49.
- Kuhm, K. (2000): Exclusion und räumliche Differenzierung, in: Zeitschrift für Soziologie 29/1: 60-77.
- Madanipour, A. (1998): Social Exclusion and Space, in: A. Madanipour, G. Cars, J. Ellen (eds.): Social Exclusion in European Cities. Processes, Experiences and Responses. London: Routledge.
- Nassehi, A. (1997): Inklusion, Exclusion – Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese, in: Heitmeyer (Hrsg.) 1979b: 113-148.
- ODPM (Office of the Deputy Prime Minister) (ed.) (2006): State of English Cities, Research Study, Volume 1. London. > <http://www.communities.gov.uk/documents/regeneration/pdf/143999.pdf><
- Runge, D. (2005): Mobilitätsarmut in Deutschland. Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin. Mimeo.
- Silver, H. (1995): Reconceptualizing Social Disadvantage: Three Paradigms of Social Exclusion, in: G. Rodgers et al. (eds.): Social Exclusion: Rhetoric, Reality, Responses. Genf: International Labour Organization: 57-80.
- Wacquant, L. (2001): Logiken urbaner Polarisierung. Der Blick „von unten“, in: Berliner Journal für Soziologie, 4/2001: 479-489.